



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 23.11.2017, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 4

**Eichendorffschule, Neißestr. 22
- Entwurfs- und Baubeschluss
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 431/17

Beschlussempfehlung:

- 1.1 Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und Bau der Erweiterung der Eichendorffschule, Neißestraße 22, auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 02.11.2017 mit **Projektkosten** von rd. 3,273 Mio. EUR (investiv) und 200.000 EUR (konsumtiv) inklusive 19 % MwSt. (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700).
- 1.2 Die notwendigen Finanzmittel für die gesamte Baumaßnahme werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2018 im Haushalts- und Finanzplan 2018 zur Verfügung gestellt.
- 2.1 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an das Büro IWP Ingenieurbüro für Systemplanung GmbH, Talstraße 41, 70188 Stuttgart wird zugestimmt.
- 2.2 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für Elektrotechnik (ELT) ab LPH 4 bis 9 auf Basis der Kostenberechnung an GBI Gackstatter Beratende Ingenieure GmbH, Schwieberdinger Straße 56, 70435 Stuttgart wird zugestimmt.
- 2.3 Der Vergabe der weiteren Planungsleistungen für die Tragwerksplanung ab LPH 4 bis 8 auf Basis der Kostenberechnung an Rehle Ingenieure GmbH, Reinsburgstraße 97, 70197 Stuttgart wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Dr. Vierling

Beratungsverlauf:

Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Entwurfsplanung zur Erweiterung der Eichendorffschule, Neißestraße 22, samt Kostenberechnung vor.

Da anschließend keine Aussprache von den Ausschussmitgliedern gewünscht wird, stellt BM **Ilk** die Vorl.Nr. 431/17 gleich zur Abstimmung.

TOP 5**Stadtticket Ludwigsburg - Mündlicher Bericht durch den VVS**

Beratungsverlauf:

Herr **Stammler** (Geschäftsführer der VVS) berichtet anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, über die anstehende Tarifzonenreform im VVS. Er empfiehlt dem Gremium, vor der Entscheidungsfindung zu einem Stadtticket Ludwigsburg zunächst den Beschluss zur Tarifzonenreform abzuwarten. Auf dieser Basis könnten anschließend Berechnungen zum Stadtticket Ludwigsburg getroffen werden. Laut Herrn Stammler empfehle der VVS grundsätzlich, Zeittickets attraktiver zu gestalten, um eine höhere Kundenbindung zu erzielen. Bei Subventionen im Gelegenheitsverkehr müsse auf das Preisgefüge im Verhältnis zu Zeittickets geachtet werden (Nutzwerten). Wenn Gelegenheitsverkehr subventioniert werden soll, sollte vermieden werden, die Zahl der Verkaufsvorgänge im Bus zu erhöhen. Als Alternativen zur Reduzierung des Preises beim Einzelticket wäre ein attraktiver Preis für das 4er-Ticket/Tagesticket oder eine Rabatt für ein Handyticket denkbar.

BM **Ilk** hält das 4er-Ticket für eine sympathische Idee. Er sagt, dass die Verkehrsreduzierung und die Luftschadstoffverminderung in der Stadt es wert seien, sich Gedanken über die Einführung eines Zeittickets zu machen. Das Ziel dabei sei, Menschen, die in Ludwigsburg wohnen und hier auch arbeiten und mit Ihrem privaten PKW täglich zur Arbeit fahren vom motorisierten Individualverkehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu bringen.

Stadtrat **Dr. Vierling** würde einen Wettlauf machbarer und realistischer Ideen zum Thema Stadtticket ausdrücklich begrüßen. Er fragt, wie der Verkauf des 4er-Tickets angeboten werden könne, wenn die Busfahrer nicht zusätzlich damit betraut werden sollen. Zudem möchte er wissen, mit welchen Berechnungsmodellen die VVS die Mehrfahrer kalkuliere und wann genau die Tarifzonenreform zu erwarten sei.

BM **Ilk** fragt die Stadträtinnen und Stadträte, ob für sie ein jährlich durch die Stadt auszugleichende Minderertrag in Höhe von 500.000 Euro bis 600.000 Euro für das Stadtticket Ludwigsburg tragbar wäre.

Stadträtin **Liepins** ruft in Erinnerung, dass das Thema „Stadtticket“ bereits im Juli 2017 diskutiert wurde. Damals sei die Verwaltung von rund 2,5 Millionen Euro jährlich auszugleichende Mindererträge ausgegangen. Im Juli habe man den Beschluss gefasst, das Stadtticket insgesamt 1 Euro günstiger anzubieten. Stadträtin Liepins bekräftigt, dass es nicht sinnvoll sei, die Busfahrer

mit dem Verkauf des Stadttickets zusätzlich zu belasten, denn dies könnte sich negativ auf die Pünktlichkeit des Busverkehrs auswirken. Die SPD-Fraktion habe Zweifel daran, ob die angekündigte Tarifzonenreform der VVS bis zum Sommer 2018 kommen werde. Die Fraktion würde es dennoch begrüßen, wenn das Stadtticket bis Juli 2018 eingeführt würde. Dieses sollte auch derart gestaltet sein, dass es keine unmittelbare Konkurrenz zum Monats- und Jahresticket darstelle. Nach Aussage von Stadträtin Liepins könne sich die SPD-Fraktion einen jährlich durch die Stadt auszugleichenden Minderertrag in Höhe von etwa 500.000 Euro gut vorstellen. Die Verwaltung sollte den Gremien konkrete Berechnungen hierzu vorlegen. Stadträtin Liepins fragt Herrn Stammler, wie das Stadtticket in Marbach a.N. und In Herrenberg bei den Bürgerinnen und Bürgern ankomme.

Stadtrat **Rothacker** erklärt, dass die Freie Wähler-Fraktion einen jährlich durch die Stadt auszugleichenden Minderertrag in Höhe von 500.000 Euro bis 600.000 Euro mittragen würde. Als weitere Alternative zur Reduzierung des Preises beim Einzelticket schlägt er die Einführung eines 10er-Ticketts vor. Auch seine Fraktion möchte nicht die Tarifzonenreform der VVS abwarten, sondern das Stadtticket im Sommer 2018 einführen.

Stadträtin **Burkhardt** betont, dass mit dem vergünstigten Stadtticket primär Menschen zum Umstieg auf den öffentlichen Personennahverkehr bewegt werden sollen, die glauben, dass dieser nicht das richtige Mobilitätsangebot für sie sei. Deshalb wäre es sinnvoll, das Stadtticket bis zu einem bestimmten Zeitpunkt im Jahr 2018 auch tatsächlich anzubieten. Ferner machen es Lärm und Luftschadstoffbelastung dringend erforderlich, rasch und effizient zu handeln und Maßnahmen dagegen umzusetzen, damit es nicht zu unerwünschten Fahrverboten in der Stadt komme. Stadträtin Burkhardt vertritt die Meinung, dass die Stadt bereit sein sollte, zur Einführung des Stadttickets Geld zu investieren und einen guten Zuschuss zu gewähren. Schließlich koste die Bezuschussung der Parkhäuser in der Stadt auch sehr viel Geld. Stadträtin Burkhardt möchte ebenfalls nicht, dass künftig die Busfahrer die vergünstigten Stadttickets im Bus verkaufen. Für den Verkauf könnten andere, passendere Lösungen gefunden werden. Zudem bittet sie die Verwaltung, die Präsentation der VVS in Papierform zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat **Herrmann** nimmt Bezug auf die durch die Stadt auszugleichende Mindererträge. Er gibt dabei zu bedenken, dass zu den berechneten Zuschüssen hinzugerechnet werden sollte, dass die Stadt ab 2019 deutlich mehr für die Busverkehre zahlen müsste, wenn die bisherige Fahrkilometerleistung in Ludwigsburg beibehalten werde. Diese Summe würde sich nach seinem Wissen auf 400.000 Euro bis 500.000 Euro belaufen. Hinzu käme die erhöhte Kreisumlage, so dass sich der Zuschussbetrag deutlich erhöhen würde. Stadtrat Herrmann fragt, ob sich bei der Veränderung der Tarifzonenstruktur Mehrkosten für die Landkreise und somit auch für die Städte und Gemeinden ergeben würden. Er ist überzeugt, dass nach der Tarifzonenreform bei bestimmten Linien eine engere Bustaktung erfolgen sollte. Die CDU-Fraktion könne laut seiner Aussage einen jährlich durch die Stadt auszugleichenden Minderertrag in Höhe von rund 400.000 Euro mittragen. Den Vorschlag, neben einem 4er-Ticket auch ein 10er-Ticket anzubieten, hält Stadtrat Herrmann für eine gute Idee. Er ermahnt, nicht lange mit der Einführung des Stadttickets zu warten. Denn es sei noch nicht sicher, ob die Tarifzonenreform bereits im nächsten Jahr beschlossen werde.

Stadtrat **Lettrari** bemerkt, dass viele Fahrgäste ihr Ticket beim Busfahrer lösen, obwohl an den Bushaltestellen Fahrkartenautomaten zur Verfügung stehen.

Das Stadtticket zum Angebotspreis von 1,50 Euro sei in den Maßnahmenkatalog zur nachhaltigen Mobilität, den die Stadtverwaltung im Rahmen des gleichnamigen Fonds der Bundesregierung erstellt habe, enthalten. Stadträtin **Liepins** nimmt darauf Bezug und fragt, ob die Stadt für dieses Ticket Zuschüsse erhalten könnte.

BM **Ilk** sagt, dass die Stadt einen einmaligen Zuschuss aus dem Fonds für nachhaltige Mobilität der Bundesregierung bekommen würde, um gleich mehrere Maßnahmen umzusetzen. Da die Verwaltung und der Stadtrat das Ludwigsburger Stadtticket langfristig etablieren möchten, müsste die Stadt die Subventionierung auch langfristig übernehmen.

Ein Stadtticket zum Preis von 1,80 Euro, wie in der Präsentation der VVS vorgeschlagen, habe nach Ansicht von Stadträtin **Orzechowski** nicht viel mit dem entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion gemein. Die Umwelt zu schonen sei wichtig. Genau so wichtig sei es jedoch, dass ein vergünstigtes Stadtticket für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sein sollte. Deshalb würde Stadträtin Orzechowski dafür plädieren, das Einzelticket beim regulären Verkauf zum Preis von 1,50 Euro anzubieten. Beim Verkauf über das Mobiltelefon sollte sich der Preis mit 1,40 Euro sogar etwas günstiger gestalten.

Stadtrat **Rothacker** schlägt der Verwaltung vor, 50.000 10er Tickets zu erwerben, diese anschließend zur Verfügung zu stellen und mit 500.000 Euro zu deckeln. Somit wäre man auf der sicheren Seite und müsste keine weiteren Berechnungen vornehmen.

Stadtrat **Remmele** äußert sich ebenfalls für das Anbieten eines 10er Tickets.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** möchte erfahren, wer in den Arbeitsgruppen für die Tarifzonenreform, welche für die gesamte Region Wichtigkeit besitze, vertreten sei. Sie fragt, ob auch Verkehrsplaner aus der Umgebung und Firmen sich beteiligen.

Stadträtin **Dr. Knoß** schlägt vor, die Händler der Innenstadt in die Finanzierung des Stadttickets einzubeziehen. Diese könnten dann analog der Parkeschön-Aktion ihren Kunden zum Einkauf oder Verzehr ein durch die Stadt subventioniertes Stadtticket zum Preis von 1,50 Euro ausgeben. Wobei die Händler weiterhin einen Euro zahlen würden und die Stadt den Restbetrag.

Bezug auf die Wortmeldungen der Ausschussmitglieder nehmend versichert Herr **Stammler**, dass die VVS in Kooperation mit der Stadtverwaltung einen konkreten Vorschlag aus den unterschiedlichen genannten Zuschusshöhen zwischen 300.000 Euro und 600.000 Euro – mit einer Präferenz von 500.000 Euro – formulieren werde. Dieser Vorschlag werde transparent erfolgen, damit auch verständlich werde, wie die VVS kalkuliere. Die von Stadtrat Rothacker vorgeschlagene Vorgehensweise, eine gewisse Anzahl von Tickets zu kaufen und diese zur Verfügung zu stellen und zu deckeln, sei laut Herrn Stammler möglich. Bislang jedoch verfare die VVS so, dass die Zuschüsse der jeweiligen Kommune geringer werden je mehr Leute den Bus nutzen. Die VVS würde deshalb auch in Ludwigsburg die zusätzlich erzielten Kunden gegenrechnen. Das würde sie der Stadtverwaltung in der Kalkulation offen darlegen. Herr Stammler nimmt den Wunsch des Gremiums zur Einführung eines Stadttickets bis Sommer 2018 mit. Er bekräftigt, dass die VVS die Tarifzonenreform zügig voranbringen möchte. Auch den Wunsch nach dem Angebot eines 10er Tickets nimmt Herr Stammler mit, obwohl er diesbezüglich skeptisch sei. Denn die VVS achte auf die Stringenz der Angebote im gesamten Verbundgebiet, damit nicht jede Kommune ein unterschiedliches Angebot habe. Dennoch werde man in Kooperation mit der Stadtverwaltung versuchen, auch hier einen Vorschlag zu erarbeiten.

Die VVS werde zudem den Kontakt zu den Ludwigsburger Verkehrslinien herstellen um zu klären, wie der Vertrieb des neuen Stadttickets organisiert werden könnte. Bezug auf die Frage von Stadträtin **Liepins** nehmend sagt Herr Stammler, dass der Bund nicht in einer dauerhaften Finanzierung des Stadttickets eintreten würde. Die Zuständigkeit für den öffentlichen Nahverkehr liege bei den Bundesländern und nicht beim Bund. Deshalb könne es sich bei der angekündigten Bezuschussung des Bundes im Rahmen des Fonds für nachhaltige Mobilität lediglich um eine Anschubfinanzierung handeln.

Stadtrat **Remmele** weist darauf hin, dass die Rückseite des 10er Tickets als Werbefläche verkauft werden könnte. Dadurch könnte man seiner Meinung nach eine Kosteneinsparung von rund 10 Prozent erzielen.

Zur einer eventuellen Neukalkulation des Busverkehrs in Ludwigsburg sagt Herr **Behnsen** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung), dass bei einer Zunahme der Fahrgastzahlen und einer gleichzeitigen Veränderung der Stabilität ein zusätzlicher Bus reingenommen werden müsste. Zudem wäre eine Erhöhung der Bustaktung auf 5 Minuten denkbar und die Erhöhung der Kapazitäten auf den stark belasteten Achsen.

Abschließend sagt BM **Illk**, dass die Verwaltung in Kooperation mit der VVS im 1. Quartal 2018 eine Vorlage erstellen werde – und zwar mit der Rahmenbedingung der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 500.000 Euro. In der Vorlage sollen neben den Berechnungen auch das gesamte Spektrum möglicher organisatorischer Abläufe bei der Einführung eines Stadttickets sowie das Anbieten eines 10er Tickets dargestellt werden.

Der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt nimmt den Bericht zur Kenntnis.